

Grundeinkommen und Degrowth

Kongress in Hamburg 19. Und 20 Mai 2016

Workshops

Konflikt zwischen BGE und Degrowth und eine mögliche Lösung

[Martin Finger](#)

Bei der Finanzierung eines Grundeinkommens wird bei den in der Politik diskutierten Modellen primär von einer Belastung von (Erwerbs-)Einkommen oder Konsum ausgegangen. Das bedeutet: selbst wenn ein Grundeinkommen zunächst finanziert wäre, dürften in der Folge weder Erwerbsarbeit noch Konsum im größeren Umfang vermindert werden, da sonst die Finanzierungsbasis gefährdet würde.

Mein Vorschlag zur Lösung dieses Konfliktes ist die Verwendung einer elektronischen Komplementärwährung mit dem Namen Credere. Credere funktioniert nach zwei einfachen Regeln. Die erste Regel definiert die Geldschöpfung. Credere wird guthabenbasiert erzeugt und als Grundeinkommen ausgezahlt. Der monatliche Betrag liegt zwischen 100 Credere und 1.000 Credere pro Person. Die Höhe richtet sich nach der Beteiligungsquote innerhalb eines Landes, da die Verwendung der komplementären Währung freiwillig ist. Die zweite Regel definiert die Geldvernichtung. Diese liegt bei 1 % pro Monat bzw. 12 % pro Jahr. Damit würde direkt im Geldsystem ein Gegengewicht verankert, welches einer Vermögensansammlung durch den Zinseszinsseffekt entgegen wirkt.

Erst wenn ein Grundeinkommen grundsätzlich von wirtschaftlicher Aktivität entkoppelt funktioniert, können Menschen auch individuell Freiheit und damit Souveränität über ihre Zeit gewinnen. Dies ist die wichtigste Voraussetzung, um eine Gesellschaft zu ermöglichen, in welcher Arbeitsplätze aufgegeben werden können. Dadurch kann ein großes Potenzial zur Schonung von Ressourcen und Natur erschlossen werden. Denn jeder Arbeitsplatz welcher nicht mehr benötigt wird, weil Menschen nicht mehr irgendetwas produzieren müssen, um ein Einkommen zu erhalten, spart mehr und schneller Ressourcen ein, als es eine Minderung des Konsums vermag. Mittelfristig kann dies auch zu einer anderen Ökonomie führen, in Form einer bedarfs- und bedürfnisorientierten Wirtschaft. In dieser würde nur noch etwas produziert werden, wenn es gilt Bedürfnisse von Menschen zu stillen und nicht, um Vermögen auf Kosten anderer anzuhäufen.

Ein Grund, warum Freiwilligkeit auf dem Weg zum Grundeinkommen zu bevorzugen ist: Dieser Weg kann sofort begangen werden. Es müssen keine politischen Mehrheiten erkämpft werden. Darüber hinaus kann direkt mit dem Aufbau von Strukturen begonnen werden in denen wir leben wollen, statt sich in Kämpfen zu verausgaben im Versuch, bestehende Strukturen zu verändern. Letztlich werden alle Institutionen von Menschen getragen und solange Menschen keine Alternativen sehen, um ein anderes Leben zu führen, wird es nur bei wenigen Menschen gelingen, sie für ein anderes Leben zu begeistern.

Pathways of thought: common and uncommon ground, aims and direction when it comes to the environment

Jeremy Heighway

Degrowth, Grundeinkommen und Erziehung

Gabriele von Moers

Die Dokumentation KannMannFrau (42 min.) begleitet Hausmänner in ihrem Alltag und thematisiert auch den neuen Weg Erziehungsarbeit durch ein bedingungsloses Grundeinkommen wertzuschätzen. Er möchte so anregen den Schutz der Kindheit zu überdenken. Protagonisten sind u.a. Götz Werner, Sascha Liebermann, Johannes Stüttgen.

Möglicher Diskussionsansatz zum Thema Degrowth: Eine Grundvoraussetzung für den selbstbestimmten Menschen ist das Denken. Dafür brauchen wir Zeit und Aufmerksamkeit. Mit dieser Ressource Aufmerksamkeit gehen wir aber verantwortungslos um. In dem ständigen Zeitdruck, in dem wir uns durch die Erwerbsarbeit befinden, ist dafür immer weniger Platz. Wir haben immer weniger Zeit für immer mehr Dinge.

Die Frage stellt sich, ob ein BGE die nötige Muße wieder ermöglicht, die wir dringend brauchen, um z.B. unseren Kindern das freie, kreative Spiel zu ermöglichen, jenseits aller Terminplanungen, letztlich aber eben auch für uns selber, um schöpferisch tätig zu sein.

Öko-Euro-Dividende als Experiment

Ulrich Schachtschneider

Ich möchte die Idee eines Experiments für ein „grün“ finanziertes partielles Grundeinkommen in Europa diskutieren.

Der Grundgedanke ist folgender: Die freiwilligen TeilnehmerInnen bestimmen monatlich ihren „ökologischen Fußabdruck“ mit Hilfe einer Webseite wie zB <http://www.mein-fussabdruck.at/>. In Abhängigkeit von ihrem „Fußabdruck“ zahlen sie Ökosteuern, die aber an alle zu gleichen Teilen zurückgezahlt werden. Sie bekommen damit eine „Öko-Euro-Dividende“ oder in anderen Worten: Ein partielles Grundeinkommen. TeilnehmerInnen mit kleinem ökologischen Fußabdruck werden mehr erhalten als sie gegeben haben, diejenigen mit einem überdurchschnittlichen Umweltverbrauch werden im Saldo zahlen. Jeder ist dadurch besonders motiviert seinen Fußabdruck zu verkleinern – durch Nutzung anderer Technologien oder durch anderes Verhalten. Aber alle bekommen den gleichen Teil des Aufkommens ohne Bedingungen und können so das Grundeinkommens-Gefühl kennen lernen.

Das Experiment kann mit Wenigen gestartet werden und dann schrittweise anwachsen. Die monatliche Öko-Euro-Dividende wird automatisch bestimmt durch die aufsummierten „Fußabdrücke“, z.B.: 1 gha (globaler Hektar) entspricht 100 Euro (der aktuelle Durchschnittskonsum beträgt ca. 5 gha). Notwendig ist eine Web-Plattform, auf der die TeilnehmerInnen ihren Öko-Fußabdruck berechnen und transparent für alle anzeigen können. Ein/e KämmerIn des Projekts wird die „Ökosteuer“ einziehen, die „Eco-Euro-Dividende“ auszahlen und alles dokumentieren.

Soweit zur Idee. Natürlich verbleiben einige Fragen:

Nur vertrauenswürdige Leute sollten teilnehmen. Aber wie sichern wir dies ab, mit welchen Grundsätzen können wir das überprüfen? Und wie aussagekräftig ist die Messung des

ökologischen Fußabdrucks mit der Globale-Hektar-Methode, auch wenn sie ehrlich vorgenommen wird?

Eine Variation könnte sein, zunächst die Geldströme nur zu messen, ohne sie real auszuzahlen: Jeder, der seinen Fußabdruck monatlich kalkuliert und mitteilt, bekommt eine virtuelle Eco-Euro-Dividende.

Das Experiment würde erstens Grundeinkommen und Postwachstum verbinden. Zweitens kann es beiden Themen öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen. Drittens ist es geeignet für die europäische Ebene. Jeder Bürger der Eurozone kann teilnehmen, ohne dass auf die vielen nationalen Besonderheiten der verschiedenen Sozialsysteme der Mitgliedsstaaten Rücksicht genommen werden muss. Die einzige Bedingung ist ein Netzzugang. Und viertens können wir erste empirische Einblicke in den Wandel des Lebensstils und der Arbeitsverhältnisse bekommen, am besten durch eine wissenschaftliche Begleitung.

Rote und grüne Konzepte eines Grundeinkommens – Bausteine für einen sozial-ökologischen Umbau

[Gabriele Schmidt](#)

Linke wie auch grüne Konzepte zum Grundeinkommen verheißen Ausstiege aus der sich weltweit verschärfenden Armut von Menschen und einer rücksichtslos die natürlichen Grundlagen plündernden Wirtschafts- und Lebensweise.

Zwei weitreichend entwickelte Konzepte eines Grundeinkommens werden in Hinblick auf ihre Potenziale für eine nachhaltig soziale und umweltgerechte Gesellschaft näher betrachtet und mögliche Synergien herausgearbeitet. Im Konzept des Ökologischen Grundeinkommens (Ulrich Schachtschneider), Vertreter eines „grünen“ Konzeptes, ist die Kernidee ein an alle Bürger*innen ausgezahlter „Öko-Bonus“, der über die Besteuerung von ressourcenaufwendiger Produktion und Umwelt belastendem Konsum finanziert wird. Durch ein ÖGE können individuelle Freiheiten entstehen, die ein Leben und Wirtschaften jenseits ständigen Wachstums- und Konkurrenzdrucks möglich machen. Auch Auswege aus den Sackgassen von gängiger Umwelt- und Klimapolitik könnten leichter gefunden werden.

Während ein ÖGE ein Grundeinkommen in Existenz und gesellschaftlicher Teilhabe sichernder Höhe nicht garantieren kann, bildet diese Forderung den Kernpunkt im Konzept der Bundesarbeitsgemeinschaft Grundeinkommen in der Partei DIE LINKE. Die Vertreter*innen dieses emanzipatorisch wirkenden Konzeptes setzen bei einem existenzsichernden Grundeinkommen sowie sozial- und arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen an (Bürger*inversicherung, Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn). Das BGE soll Existenzängste nehmen und den Weg frei machen für Diskussionen darüber, welche Folgen heutiges Wirtschaften und Arbeiten hat und wie die Gesellschaft sozial und ökologisch verantwortbar produzieren und konsumieren soll. Durch höhere Besteuerung von Einkommen und Vermögen, u.a. durch Ressourcensteuern und weiteren Abgaben soll ein Umdenkungsprozess und eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums initiiert werden.

Beide Konzepte bieten konkrete Umsetzungsschritte, die der gegenwärtigen Sackgassen-Politik etwas Zukunftsweisendes entgegen halten. In diesem Vortrag respektive Workshop geht es um die Fragen, welche ökologischen Elemente das rote Konzept und welche nachhaltigen sozialen Ansätze das grüne Konzept integrieren sollte, um als stabile Bausteine einem sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft reale Chancen geben zu können.

